

**Niederschrift über die öffentliche
Sitzung des Jugendhilfeausschusses**

am Montag, den 25.02.2019

im Kaspar-Hauser-Saal, Tagungszentrum Onoldia

Beginn:	16:00 Uhr
Ende	17:00 Uhr

Anwesenheitsliste

Oberbürgermeisterin

Seidel, Carda

Ausschussmitglieder

Fabi, Markus
Frauenschläger, Elvira
Höhn, Sebastian
Lintermann, Jochen
Meyer, Boris-Andrè
Sichermann, Paul
von Blohn, Christine, Dr.

stimmberechtigte Mitglieder

Ehnes, Yvonne	
Kestler, Heinz	Vertretung für Frau Elke Schmidt
Neumann, Martina	Vertretung für Sara Heindl
Sauerhöfer, Sophia	Vertretung für Herrn Burkhard Dlugosch

beratende Mitglieder

Blank, Rainer	Vertretung für Frau Katharina Mikusch
Buntebarth, Lisa-Marie	
Döbel, Daniela	
Ehnes, Jochen	
Freitag, Christine	
Kaiser, Andrea	
Kriegelstein, Norbert	
Pfister, Peter	

Schriftführerin

Pickenhahn, Elke

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- TOP 1 Vereidigung bzw. Verpflichtung neuer Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2014-2020)
- TOP 2 Bericht Ferienpass 2018
- TOP 3 Antrag des kath. Pfarramtes St. Ludwig auf Gewährung des "Faktor 4,5 + x"
- TOP 4 Empfehlungen des Bayer. Landkreistages und des Bayer. Städtetages für die Vollzeitpflege; Anpassung Pflegegeld
- TOP 5 Anfragen/Bekanntgaben

Oberbürgermeisterin Carda Seidel eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Vereidigung bzw. Verpflichtung neuer Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2014-2020)

Frau OB Seidel vereidigt **Frau Martina Neumann** als neues stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Dient zur Kenntnis.

TOP 2 Bericht Ferienpass 2018

Herr Seidel berichtet über die 41. Ferienpassaktion, die im Zeitraum 28. Juli bis 10. September 2018 von der Kommunalen Jugendarbeit durchgeführt wurde. Die 825 hergestellten Ferienpässe wurden zum Preis von 10,00 € vollständig abverkauft. Neben den Veranstaltungen des Ferienprogramms enthielt der Ferienpass den kostenlosen Eintritt in das Ansbacher Freibad während der gesamten Sommerferien sowie ein Gutscheineheft zum kostenlosen oder ermäßigten Eintritt in 52 Museen, Freizeitparks und sonstigen Einrichtungen.

Die entsprechenden Haushaltsstellen der Kommunalen Jugendarbeit hatte ein Volumen von 53.000,00 € (HHSt. 01.4512.7605) bzw. 33.500,00 € (HHSt. 01.4512.2420). Die Ausgabehaushaltsstelle wurde mit 47.086,83 € belastet. Die Einnahmehaushaltsstelle wurde um 4.371,50 € unterschritten.

Stark nachgefragte Programmpunkte war u..a. „Polizei – live erleben“. Neben Klassikern waren zahlreiche neue Angebote in das Gesamtprogramm eingebettet, darunter:

- ca. 100 Workshops
- 6 Kinovorführungen
- 16 Tagesfahrten

Als Service für die Teilnehmer/-innen wurden über 600 Fotos passwortgeschützt veröffentlicht.

Das zusätzliche Angebot des „Mini-Herbstferien-Passes wurde 2018 erneut in veränderter Form fortgesetzt. Die geplante Tagesfahrt in den Europapark Rust, musste leider wegen Orkanböen am Veranstaltungstag entfallen.

Das große Engagement zahlreicher Ansbacher Vereine, Verbände, Institutionen und Firmen ist auch 2018 besonders hervorzuheben.

Derzeit laufen die Vorbereitungen für das Ferienpass-Programm 2019.

Frau Frauenschläger bedankt sich für den ausführlichen Vortrag. Sie schlägt vor, die nicht verausgabten Mittel bei der Ausgabehaushaltsstelle für die Förderung des Schwimmunterrichtes zu nutzen, da viele Kinder immer noch nicht schwimmen können.

Frau OB Seidel führt aus, dass bereits durch die Stadt Ansbach den Grundschulen als externe Schwimmkraft für den Schwimmunterricht Frau Bass zur Verfügung steht und von der Stadt Ansbach finanziert wird. Generell ist das Angebot eines Schwimmunterrichts jedoch nicht Aufgabe der Stadt Ansbach. Die nicht verbrauchten Ausgabemittel entstanden bereits im Haushaltsjahr 2018 und stehen für 2019 nicht zur Verfügung.

Herr Seidel erklärt, dass durch den Erwerb der Pro-Jugend-Karte ebenfalls Vergünstigungen für den Schwimmunterricht möglich sind.

Herr Nießlein appelliert an das Staatliche Schulamt sich ebenfalls dem Thema „Schwimmunterricht“ anzunehmen und kostenmäßig zu beteiligen.

Frau OB Seidel betont nochmals, dass bereits eine Finanzierung des Schwimmunterrichts durch die Stadt Ansbach erfolgt und sehr viel für die Kinder getan wird. Bei der Volkshochschule werden entsprechende Kurse/Vergünstigungen angeboten. Aber auch Eltern müssen aktiver werden.

Frau OB Seidel empfiehlt, soweit erforderlich, im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen über den Ausbau des Schwimmunterrichts nachzudenken.

Frau Dr. von Blohn möchte wissen, ob in dem Programm für die Ferienpaßaktion bzw. Pro-Jugend-Karte entsprechende Hinweise für Menschen mit Behinderung enthalten sind.

Herr Seidel erklärt, dass die Informationen über die kostenlose Abgabe von sowohl Ferienpässen als auch Pro Jugend Karten für Menschen mit Behinderung an die betroffenen Schulen z.B. in Bruckberg weitergeleitet worden sind. Beim Büro der Kommunalen Jugendarbeit sprachen bereits mehrere Familien vor, denen eine Pro Jugend Karte mit dem Hinweis auf die kostenlose Abgabe des Ferienpasses in den Sommerferien ausgehändigt wurde.

Frau Buntebarth weist darauf hin, dass alle Schulen und Einrichtungen angeschrieben wurden mit dem Hinweis, dass Menschen mit Behinderung kostenlos eine Pro Jugend Karte erhalten können.

Dient zur Kenntnis.

TOP 3	Antrag des kath. Pfarramtes St. Ludwig auf Gewährung des "Faktor 4,5 + x"
--------------	--

Frau Freitag verweist auf die Sitzungsvorlage, die den Ausschussmitgliedern bereits mit der Einladung zugegangen ist. Weiter führt sie aus, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährung des „Faktors 4,5 + x“ gemäß Art. 21 Abs. 5 BaKiBiG von der Kindertagesstätte St. Ludwig erfüllt werden. Es handelt sich um eine integrative Einrich-

tung, d.h. mindestens 3 behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder besuchen die Einrichtung. Es liegt ein entsprechender Antrag des Trägers der Integrationseinrichtung vor. Der hohe Bedarf an einer zusätzlichen Fachkraft ist gegeben, da in der Kindertagesstätte „St. Ludwig“ 7 Inklusionskinder betreut werden. Inklusion kann nur gelingen, wenn das notwendige Fachpersonal ausreichend und kindbezogen zur Verfügung steht.

Auf Nachfrage von Frau Dr. von Blohn führt Frau Freitag ergänzend aus, dass ab 10 behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder 2 zusätzliche Fachkräfte eingesetzt werden sollten.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat, dass die Stadt Ansbach die Erhöhung des „Faktor 4,5 + x“ zur optimalen Betreuung der behinderten Kinder in der integrativen Einrichtung St. Ludwig genehmigt.

Einstimmig beschlossen.

TOP 4	Empfehlungen des Bayer. Landkreistages und des Bayer. Städtetages für die Vollzeitpflege; Anpassung Pflegegeld
--------------	---

Frau Freitag verweist auf die Sitzungsvorlage. In der Sitzung am 12.12.2018 des bayer. Städte- und Landkreistages wurde die Erhöhung des Pflegegeldes empfohlen. In der Vergangenheit setzte die Stadt Ansbach die Empfehlungen dieses Gremiums um. Der Erziehungsbeitrag soll den Pflegeeltern die geleistete Erziehung entgelten. Die Pflegeeltern können darüber frei verfügen.

Der Erziehungsbeitrag wird von 300,00 € auf 350,00 € pro Monat festgesetzt. Diese Erhöhung des Erziehungsbeitrags ist als Anerkennungsleistung der Vollzeitpflege gekoppelt an die Erhöhung der laufenden Geldleistungen für die Kindertagespflege durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe. Die Empfehlungen gelten ab 01.05.2019.

Beschluss:

Das Amt für Familie und Jugend der Stadt Ansbach wendet die Empfehlungen des Bayer. Landkreistages und des Bayer. Städtetages für die Vollzeitpflege nach dem SGB VIII vollumfänglich an und erhöht den Erziehungsbeitrag für die Vollzeitpflege ab 01.05.2019 von 300,00 € auf 350,00 € pro Monat.

Einstimmig beschlossen.

TOP 5	Anfragen/Bekanntgaben
--------------	------------------------------

Jugendzentrum

Herr Nießlein verweist auf die letzte JHA-Sitzung. Von Frau Frauenschläger wurde die Vorstellung der neuen Leitung sowie die geplanten Projekte, Konzeption etc. des Jugendzentrums der Stadt Ansbach erbeten.

Weiter führt er aus, dass der Einrichtung eines Dualen Studiums am Jugendzentrum zugestimmt wurde. Am 15.03.2019 werden in Nürnberg entsprechende Fachgespräche durchgeführt. Sobald ein/e geeignete/r Bewerberin/er gefunden wurde ist einer der Aufgaben des Dualen Studiums u.a. die Erstellung einer Neukonzeption für das Jugendzentrum. Sobald eine Neukonzeption vorliegt, wird diese vorgestellt. Er bittet deshalb um Geduld bis zur nächsten JHA-Sitzung.

Frau Frauenschläger ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

JaS-Fachkraft

Herr Nießlein gibt bekannt, dass die Einstellung einer JaS-Fachkraft für die Grundschule der Heinrich-Pestalozzi-Schule von der Diakonie Neuendettelsau beantragt wurde. Im JHA am 08.10.2018 wurde dieses Thema vorgestellt mit dem Vorschlag, dem Antrag stattzugeben, unter dem Vorbehalt, dass das Landratsamt Ansbach die Kosten, nach Förderung, anteilig der Schülerzahl aus dem Landkreis übernimmt. Am 26.10.2018 erfolgte ein ausführliches Gespräch mit dem Jugendamtsleiter des Landkreises Ansbach, wo die Beteiligung abgelehnt wurde. Auf Bitten des Jugendamtes der Stadt Ansbach, das Thema nochmals zu erörtern, erfolgte keine Änderung. Der Diakonie Neuendettelsau wurde mit Schreiben vom 07.12.2018 mitgeteilt, dass der Antrag abgelehnt wurde.

Frau Frauenschläger bittet das Staatl. Schulamt sich in die Angelegenheit einzuschalten und Gespräche mit den Beteiligten zu führen.

Stadtjugendring

Herr Nießlein gibt bekannt, dass der Stadtjugendring Ansbach bislang von Herrn Dlugosch im Jugendhilfeausschuss vertreten wurde. Mit Schreiben vom 31.01.2019 wurde vom Stadtjugendring Ansbach mitgeteilt, dass dieser als Vorsitzender des Stadtjugendrings zurückgetreten ist. Herr Nießlein bittet deshalb den Nachfolger, Herrn Sebastian Huber, als neues stimmberechtigtes Mitglied des JHA zu bestellen. Vertreterin bleibt weiterhin Frau Sophia Sauerhöfer.

Beschluss:

Dem Stadtrat wird empfohlen, Herrn Sebastian Huber als neues stimmberechtigtes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss zu bestellen.

Einstimmig beschlossen.

KiGa-Plätze Meinhardswinden

Frau Frauenschläger moniert fehlende Kindergartenplätze in Meinhardswinden. Nach ihren Angaben liegen 41 Anmeldungen für einen Kindergartenplatz vor. Es wird jedoch lediglich 1 Kind einen Platz bekommen. Sie äußert nochmals eindringlich die Notwendigkeit mehr Kindergartenplätze in der Stadt Ansbach zu schaffen und verweist auf den bestehenden Rechtsanspruch.

Herr Nießlein ist der Auffassung das die Zahl „40“ zu hoch ist. Er weist außerdem darauf hin, dass es keinen Rechtsanspruch auf einen Platz in einem bestimmten Kindergartenprengel gibt. Es wird jedoch derzeit versucht, zusammen mit Herrn Pfarrer Küfeldt und der Schule Meinhardswinden Lösungen für dieses Problem zu finden (evtl. leer stehende Schulräume).

Frau OB Seidel betont ebenfalls nochmals, dass ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz besteht, jedoch nicht auf einen bestimmten Kindergarten. Bei der Anmeldung können die Eltern eine Priorität und zwei Alternativen angeben. In Kürze wird es einen Gesamtbericht zur Bedarfslage an Kindergartenplätzen, sowie geplanten Erweiterungs- und Baumaßnahmen geben.

Frau Dr. von Blohn möchte bis zur nächsten JHA-Sitzung wissen

- ob es noch zusätzlich (zu den bereits bekannten 40) fehlende Kindergartenplätze in der Stadt Ansbach gibt,
- Sachstand Planungen bezüglich Schaffung von Kindergartenplätzen,
- Sachstand Einführung Computersoftware

Frau OB Seidel betont nochmals, den Gesamtbericht abzuwarten. Dieser wird als Gemeinschaftsprojekt fachübergreifend mit allen beteiligten Bereichen erstellt. Zum jetzigen Zeitpunkt können daher noch keine endgültigen Aussagen getroffen werden.

Jugendrat und Rolleyschaukel

Herr Meyer gibt bekannt, dass der Jugendrat der Stadt Ansbach im Jahr 2019 sein 10-jähriges Bestehen feiert.

Er unterstützt den Antrag des Jugendrates und beantragt die Errichtung eines öffentlichen Grillplatzes an der Rezat. Die Stadt Ansbach würde dadurch attraktiver.

Da der Jugendrat keinen eigenen festen Raum hat, schlägt er vor, einen freien Raum im Jugendzentrum zu nutzen. Dies wäre für die Arbeit des Jugendrates sehr wichtig.

Des Weiteren bittet er um Installierung einer Rolleyschaukel am Stadtgrabenspielplatz.

Frau OB Seidel erläutert, dass aktuell ja einer Wippplatte aufgestellt werden soll. Auch der Eingangsbereich des Stadtgrabens wird hier als Standort geprüft. Sie sichert in jedem Fall eine Überprüfung bezüglich der Anbringung einer Rolleyschaukel o.ä. im Stadtgraben zu.

Carda Seidel
Oberbürgermeisterin

Elke Pickenhahn
Schriftführer/in